

John Hasnas

## **Die Offensichtlichkeit der Anarchie**

*„Du siehst, aber du beobachtest nicht.“*

Sherlock Holmes zu Dr. Watson in Ein Skandal in Böhmen

Ursprünglich als Kapitel 8 erschienen im Buch  
**„Anarchism/Minarchism: Is a Government Part of a Free Country?“**  
von Roderick T. Long, Erstveröffentlichung im Oktober 2012

Deutsche Übersetzung „Libertäre Deutsche Jugend“ im Januar 2023

**DIE**  
**MARKTRADIKALEN**



4	<b>Vorwort des Übersetzers</b>
5	<b>Einleitung</b>
6	<b>Begriffsbestimmungen und Abgrenzungen</b>
8	<b>Die Frage</b>
9	<b>Die Antwort</b>
	I. Rechtliche Bestimmungen
	a) Erzeugung
14	b) Einheitlichkeit
16	c) Zugänglichkeit
19	II. Gerichte
22	III. Polizei
27	IV. Externalitäten internalisieren
31	V. Öffentliche Güter
36	<b>Fazit</b>

### **Vorwort des Übersetzers**

Eine wichtige Debatte im libertären Spektrum ist die Frage, ob ein Staat für eine freie Gesellschaft notwendig ist. Ein Beitrag zu dieser Fragestellung ist der im Jahr 2008 von Professor John Hasnas veröffentlichte Artikel "The Obviousness of Anarchy". In diesem argumentiert er, dass Anarchie möglich ist, weil man alle dafür notwendigen Institutionen bereits in der realen Welt beobachten kann.

Da ich diesen Artikel für überzeugend halte, habe ich ihn übersetzt. Dabei unterstützt wurde ich von Heimatlooser, der das Lektorat übernahm, Daughter Luna, die das Coverbild, ohne staatliche Unterstützung, produzierte, und Smokin Area, der die Audioversion dieser Übersetzung eingesprochen hat.

**Libertäre Deutsche Jugend**

Februar 2023

## Einleitung

In diesem Artikel wird ein Plädoyer für die Anarchie dargelegt. Eine leichte Aufgabe. Nur drei Wörter werden benötigt: Sieh dich um. Da jedoch die meisten von uns, wie Dr. Watson, sehen, ohne die Bedeutung dessen, was wir sehen, zu erkennen, ist ein Kommentar erforderlich.

Anarchie bezieht sich auf eine Gesellschaft ohne zentrale politische Autorität. Der Begriff wird aber auch als Synonym für Unordnung oder Chaos verwendet. Dies ist ein Paradebeispiel für den Orwell'schen Neusprech, bei dem derselbe Name für zwei verschiedene Konzepte verwendet wird, um die Bandbreite des Denkens einzuschränken. Denn wenn das Fehlen einer Regierung mit dem Fehlen von Ordnung gleichgesetzt wird, wird niemand fragen, ob das Fehlen einer Regierung tatsächlich zu einem Fehlen von Ordnung führt.

Diese unreflektierte Geisteshaltung ist für die Befürwortung des Staates absolut notwendig. Wenn die Menschen jemals ernsthaft infrage stellen würden, ob die Regierung wirklich für Ordnung sorgt, würde die Unterstützung der Bevölkerung für den Staat augenblicklich zusammenbrechen.

Die Gleichsetzung von Anarchie und Chaos ist nicht trivial. Unsere Überzeugungen und Glaubenssätze können uns für die Tatsachen der Realität blind machen. Ich selbst habe die Erfahrung gemacht, dass ich in der Nähe der juristischen Fakultät der Temple University in Nord-Philadelphia mit einem brillanten Juraprofessor zu Mittag gegessen habe, der von der absoluten Notwendigkeit staatlicher Polizeidienste schwärmte. Er tat dies, als gerade einer der uniformierten privaten bewaffneten Wachleute von Temple vorbeikam, der eine Studentin zur U-Bahn-Haltestelle in diesem von Kriminalität geprägten Viertel begleitete, das von der Polizei von Philadelphia völlig unzureichend versorgt wird.

Ein weiser Mann sagte mir einmal, dass man am besten beweisen kann, dass etwas möglich ist, wenn man zeigt, dass es existiert. Das ist die Strategie, die ich in diesem Kapitel anwenden werde. Ich beabsichtige zu zeigen, dass eine stabile, erfolgreiche Gesellschaft ohne Regierung existieren kann, indem ich beweise, dass sie existiert hat und zu einem großen Teil immer noch existiert.

### **Begriffsbestimmungen und Abgrenzungen**

Ich plädiere für Anarchie im eigentlichen Sinne des Wortes, d. h. für eine Gesellschaft ohne Regierung, nicht für eine Gesellschaft ohne Governance. So etwas wie eine Gesellschaft ohne Governance gibt es nicht. Eine Gesellschaft ohne einen Mechanismus, der Ordnung in die menschliche Existenz bringt, ist ein Widerspruch in sich; sie ist überhaupt keine "Gesellschaft".

Eine Möglichkeit, Ordnung in die Gesellschaft zu bringen, besteht darin, ausschließlich einige ausgewählte Personen mit der exklusiven Befugnis auszustatten, Regeln aufzustellen und zwangsweise durchzusetzen, die alle Mitglieder der Gesellschaft befolgen müssen; dies bedeutet also, einen Staat zu schaffen. Eine andere Möglichkeit ist es, den Menschen zu gestatten, Regeln zu befolgen, die sich spontan durch menschliche Interaktion, ohne steuernde Intelligenz entwickeln und von verschiedenen Organisationen durchgesetzt werden können. In diesem Artikel werden Argumente für letzteren Ansatz vorgestellt, d. h. für eine spontan geordneten statt einer zentralistisch geplanten Gesellschaft.

Indem ich für die Anarchie plädiere, behaupte ich, dass eine Gesellschaft ohne zentrale politische Autorität nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert ist. Das ist aber auch alles, was ich tun werde. Es wird nicht für eine Gesellschaft ohne Zwangsmaßnahmen plädiert. Es wird nicht für eine Gesellschaft, die sich an dem libertären Nicht-Aggressionsprinzip oder einem wie auch immer gearteten anderen Grundsatz der Gerechtigkeit orientiert, plädiert. Es wird nicht für eine moralisch idealisierte Organisation der Gesellschaft plädiert. Es wird nicht für eine Utopie plädiert. Was Gerechtigkeit und die vollkommen gerechte Gesellschaft ausmacht, ist eine faszinierende philosophische Frage, die jedoch für den Zweck dieses Artikels irrelevant ist. Es wird lediglich begründet, dass Menschen auch ohne eine zentralisierte Zwangsgewalt erfolgreich zusammenleben und gedeihen können. Das ist alles, was nötig ist für ein Plädoyer im Sinne der Anarchie.

Eine weitere Einschränkung für diesen Artikel ist, dass ich die Frage der Landesverteidigung nicht anspreche. Hierfür gibt es zwei Gründe. Einer ist der logische, dass eine Gesellschaft ohne Regierung eine Gesellschaft ohne Nationen ist. In diesem Zusammenhang ist "nationale" Verteidigung ein sinnloses Konzept. Wenn du willst, kannst du das als Feststellung auffassen, dass ein Plädoyer für Anarchie notwendigerweise ein Plädoyer für globale Anarchie ist. Ich ziehe es vor, es lediglich als die Erkenntnis zu sehen, dass Menschen, und nicht die Nationen, Verteidigung benötigen. Der wichtigere Grund ist jedoch, dass ich das Problem der nationalen Verteidigung aus Gründen, auf die ich später noch eingehen werde, als trivial betrachte.<sup>1</sup>

Zusätzlich ist dieser Text vor allem für Minarchisten gedacht, nicht für Vollblutetatisten, die dir erklären wollen, dass der Staat bei einer Staatsquote von über 50% zu wenig macht und der Kapitalismus an allem, was falsch läuft, Schuld ist.

---

<sup>1</sup> Siehe unter "Öffentliche Güter". Auch: [https://cdn.mises.org/Chaos%20Theory\\_2.pdf](https://cdn.mises.org/Chaos%20Theory_2.pdf)

## Die Frage

Ob ein Staat notwendig ist, um Ordnung zu schaffen, ist keine abstrakte, metaphysische Frage, sondern eine praktische Frage, die die Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen betrifft. Die Befürworter einer Regierung behaupten, dass bestimmte Güter oder Dienstleistungen, die für das menschliche Leben in der Gesellschaft wesentlich sind, nur von einem Staat bereitgestellt werden könnten. Anarchisten bestreiten dies. Die Frage ist also, ob es essentielle Güter oder Dienstleistungen gibt, die nur durch das bewusste Handeln von Menschen bereitgestellt werden können, die mit der Macht ausgestattet sind, allen Mitgliedern der Gesellschaft Regeln aufzuerlegen und durchzusetzen.

Die Frage ist nicht, ob der "Markt" alle notwendigen Güter und Dienstleistungen liefern kann, zumindest nicht der Markt, wie er gewöhnlich von Ökonomen definiert wird. Einige Anarchisten argumentieren, dass der freie Markt alle notwendigen Güter und Dienstleistungen bereitstellen kann. Aber das Argument für Anarchie erfordert nicht, dass man diese Behauptung aufstellt, und das wird hier auch nicht versucht. Für Anarchie ist nur der Grundsatz notwendig, dass kein essentielles Gut und keine essentielle Dienstleistung durch die bewussten Handlungen der Vertreter eines zwangsweise aufrechterhaltenen Monopols bereitgestellt werden muss. Richtig verstanden lautet die Frage also, ob es einige wesentliche Güter und Dienstleistungen gibt, die politisch bereitgestellt werden müssen, oder ob alle diese Güter und Dienstleistungen mit nicht-politischen Mitteln bereitgestellt werden können.<sup>1</sup>

Viele politische Theoretiker vertreten die Auffassung, dass es eine breite Palette von Gütern und Dienstleistungen gibt, die vom Staat bereitgestellt werden müssten. Im vorliegenden Kontext ist es müßig darüber nachzudenken, ob der Staat für die Post, die Grundschulbildung oder die allgemeine Krankenversicherung sorgen muss. Die Debatte zwischen Anarchisten und den Befürwortern eines klassisch liberalen Nachtwächterstaates betrifft die Kernfunktionen des Staates. Die Frage lautet also, ob diese staatlichen Kernfunktionen durch nicht-politische und nicht-staatliche Mittel erfüllt werden können.

---

<sup>1</sup> In diesem Artikel wird der Begriff "politisch" für den Output des Staates verwendet, und "nicht-politisch" für das Ergebnis aller anderen Formen des Handelns.

## Die Antwort

### I. Rechtliche Bestimmungen

#### a) Erzeugung

Befürworter des Staates behaupten, dass der Staat notwendig ist, um die grundlegenden Regeln zu schaffen, die dem menschlichen Leben in der Gesellschaft Ordnung verleihen. Ohne einen Staat, der Gesetze schafft, seien die Menschen nicht in der Lage, Gewalt zu verhindern und ihre Handlungen ausreichend zu koordinieren, um eine friedliche und wohlhabende Gesellschaft zu schaffen. Weiterhin seien sie daher zu einer Hobbes'schen Existenz verdammt, die "einsam, arm, gemein, brutal und kurz" sei.<sup>1</sup>

Die richtige Antwort darauf lautet: Schau dich um. Diejenigen von uns, die in den Vereinigten Staaten oder in einem der Länder des britischen Commonwealth leben, leben unter einem äußerst ausgeklügelten und subtilen System von Regeln, von denen nur sehr wenige von der Regierung geschaffen wurden. Da fast keine der Regeln, die für Frieden und Ordnung in unserem Leben verantwortlich sind, von der Regierung geschaffen wurden, sollte es kaum eines Arguments bedürfen, um festzustellen, dass die Regierung nicht notwendig ist, um eben diese Regeln zu schaffen. Im Gegenteil, gerade die Regeln, die von der Regierung geschaffen wurden, neigen dazu, Frieden und Ordnung zu unterminieren.

Das anglo-amerikanische Rechtssystem wird oft als Common-Law-Rechtssystem (Common-Law = Gewohnheitsrecht) bezeichnet. Dies ist bedauerlich, wenn man bedenkt, wie anachronistisch das heutige Verständnis des Begriffs "common law" ist. Gegenwärtig wird Common Law mit "von Richtern geschaffenem" Recht assoziiert. Während des größten Teils der Entstehungszeit des Common Law machten die Richter jedoch nicht das Recht, sondern leiteten lediglich Verfahren, in denen Streitigkeiten nach den anerkannten Grundsätzen des Gewohnheitsrechts gelöst wurden. Das englische Gewohnheitsrecht als von Richtern geschaffenes Recht zu bezeichnen, ist daher vergleichbar mit der Beschreibung des Marktes als etwas, das von Ökonomen geschaffen wurde.

---

<sup>1</sup> T. Hobbes, *Leviathan* 107 (H. Schneider, ed., 1958) (1651).

Das englische Common Law ist ein fallbezogenes Recht, d. h. ein Recht, das sich spontan aus der Beilegung tatsächlicher Streitigkeiten entwickelt. Fast das gesamte Recht, das die Infrastruktur unserer heutigen Gesellschaft bildet, wurde auf diese Weise entdeckt. Das Deliktsrecht, das Schutz vor Personenschäden bietet, das Eigentumsrecht, das die Eigentumsrechte abgrenzt, das Vertragsrecht, das die Grundlage für den Austausch bildet, das Handelsrecht, das komplexe Geschäftstransaktionen erleichtert, und sogar das Strafrecht, das schädliches Verhalten bestraft, sind alle durch diesen evolutionären Prozess entstanden. Es stimmt, dass der größte Teil des heutigen angloamerikanischen Rechts in Form von Gesetzen existiert. Das liegt daran, dass ein Großteil des Common Law durch Gesetze kodifiziert wurde. Aber die Tatsache, dass Politiker die Weisheit des Common Law erkannten und es in Gesetze fassten, beweist kaum, dass der Staat notwendig ist, um rechtliche Bestimmungen zu schaffen. Vielmehr beweist dieser Umstand genau das Gegenteil.

Das englische Recht ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich das Recht entwickelt, wenn es nicht von der Regierung durch den Gesetzgebungsprozess vorweggenommen wird. Wenn Menschen in einer Gesellschaft zusammenleben, kommt es unweigerlich zu Streitigkeiten. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, diese Streitigkeiten beizulegen: gewaltsam oder friedlich. Da Gewalt hohe Kosten verursacht und zu unvorhersehbaren Ergebnissen führt, suchen die Menschen natürlich nach friedlichen Alternativen. Die naheliegendste dieser Alternativen ist die Verhandlung. Im angelsächsischen Raum kam daher die Praxis auf, gewaltsame Selbsthilfe auszusetzen, während man versuchte, eine Verhandlungslösung zu finden. Dies geschah, indem der Streit vor die öffentliche Gemeindeversammlung, den Moot, gebracht wurde, deren Mitglieder, ähnlich wie heutige Mediatoren, versuchten, eine für die gegnerischen Parteien annehmbare Lösung zu finden. Wenn eine solche Einigung zustande kam, wurde der Streit auf eine Weise beigelegt, die den Frieden der Gemeinschaft bewahrte.

Der Vorteil dieser Art der Streitbeilegung bestand darin, dass der Moot ein institutionelles Gedächtnis hatte. Wenn die Parteien einen Streitfall vor den Moot brachten, der einem älteren Streitfall ähnelte, erinnerte sich jemand an die früheren Bemühungen um eine Einigung. Einigungen, die in der Vergangenheit gescheitert waren, würden nicht wiederholt werden, wohl aber solche, die erfolgreich waren. Da es sich beim Moot um ein öffentliches Forum handelte, wurden durch die Wiederholung erfolgreicher Methoden der Streitbeilegung in der Gemeinschaft Erwartungen darüber geweckt, was der Moot in

Zukunft empfehlen würde, was wiederum den Mitgliedern der Gemeinschaft im Voraus signalisierte, wie sie sich zu verhalten hatten. In dem Maße, wie die Mitglieder der Gemeinschaft ihr Verhalten an diese Erwartungen anpassten und sie bei der Aushandlung späterer Vereinbarungen berücksichtigten, entwickelten sich nach und nach Verhaltensregeln. Dies wiederum ermöglichte die Umwandlung des Streitbeilegungsverfahrens von einem Verfahren, das von Verhandlungen dominiert wurde, in ein Verfahren, das in erster Linie aus der Anwendung von Regeln besteht. Die Wiederholung dieses Prozesses im Laufe der Zeit führte schließlich zu einem umfangreichen Bestand an Gewohnheitsrecht, das die Grundlage des englischen Common Law bildet.<sup>1</sup>

Es stimmt zwar, dass sich das Common Law ab dem späten zwölften Jahrhundert an den königlichen Höfen entwickelte, aber das bedeutet nicht, dass der König oder seine Richter das Recht schufen. Im Gegenteil, das Common Law war während des größten Teils seiner Geschichte ausschließlich verfahrensrechtlicher Natur. Fast alle Fragen, mit denen sich die Anwälte und Richter an den königlichen Gerichten beschäftigten, betrafen Fragen der Zuständigkeit oder des Schriftsatzes, d. h. die Frage, ob die Angelegenheit ordnungsgemäß vor Gericht verhandelt wurde, und wenn ja, ob die Fragen, die den Geschworenen vorgelegt werden sollten, ordnungsgemäß festgelegt waren. Die angewandten Regeln wurden durch das Gewohnheitsrecht Gesetz. Wie Harold Berman erklärt,

Das englische Gewohnheitsrecht wird gewöhnlich als gewohnheitsmäßiges Recht bezeichnet. ... Gemeint ist zweifellos, dass die königlichen Erlasse vor den königlichen Gerichten Verfahren zur Durchsetzung von Regeln, Grundsätzen, Normen und Begriffen einführten, die ihre Bedeutung aus Gewohnheit und Brauch bezogen. Die Regeln, Grundsätze, Normen und Konzepte, die durchgesetzt werden sollten, ... stammten aus informellen, ungeschriebenen, nicht in Kraft gesetzten Normen und Verhaltensmustern...<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Mehr dazu, siehe John Hasnas, *Toward a Theory of Empirical Natural Rights*, 22 *Social Philosophy and Policy* 111 (2005) und John Hasnas, *Hayek, the Common Law, and Fluid Drive*, 1 *New York University Journal of Law & Liberty* 79 (2005). Siehe auch Arthur R. Hogue, *Origins of the Common Law*, ch. 8 (1966).

<sup>2</sup> Harold Berman, *Law and Revolution* 81 (1983). (Übersetzt)

So identifizierte Blackstone noch 1765 das Common Law mit "allgemeinen Gewohnheiten, die die allgemeine Regel des ganzen Königreichs sind und das Common Law in seiner strengeren und gewöhnlichen Bedeutung bilden"<sup>1</sup>. Tatsächlich leitet sich das moderne Handelsrecht fast vollständig vom Gewohnheitsrecht der Kaufleute ab, das Lord Mansfield im achtzehnten Jahrhundert auf das Common Law übertrug.<sup>2</sup>

Auf die Frage nach der Begründung dieser Vorschriften, aus dem Zeitalter der staatlichen Gesetzgebung stammend, stürzen sich viele unweigerlich auf eine Theorie der Gerechtigkeit oder Menschenrechte, was die Entstehung des Gesetzes nicht erklären kann. Schließlich ist der Versuch, jemanden zu misshandeln, moralisch verwerflich, unabhängig davon, ob sich das beabsichtigte Opfer dessen bewusst ist oder nicht.

Ihr Fehler ist, dass sie das Gesetz als etwas sehen, was geschaffen wurde, um einem bestimmten Zweck zu dienen. Damit übersehen sie die einfachere evolutionäre Erklärung. In früheren Jahrhunderten bestand eines der dringendsten Bedürfnisse darin, das Ausmaß der Gewalt in der Gesellschaft zu verringern. Das bedeutete, Menschen davon abzuhalten, Handlungen zu begehen, die eine sofortige gewalttätige Reaktion hervorrufen würden. Bei der Beilegung von Streitigkeiten, die aus gewaltsamen Zusammenstößen resultierten, neigten die Beschlüsse natürlich dazu, diejenigen zu bestrafen, die solche Handlungen begangen hatten. Doch um welche Art von Handlungen handelt es sich? Direkte körperliche Angriffe auf die eigene Person gehören natürlich dazu. Aber auch die Verletzung der Menschenwürde oder andere Angriffe auf die Ehre einer Person können zu Gewalt führen, wenn nicht sogar eher. Daher bezieht sich das Delikt "Battery" nicht nur auf tatsächliche körperliche Kontakte mit der Absicht, jemanden zu verletzen. Es verbietet auch körperliche Kontakte, die

---

<sup>1</sup> William Blackstone, *Commentaries on the Laws of England* 67 (1765). Siehe auch: Frederick Pollock, *First Book of Jurisprudence* 254 (6th ed. 1929) ("Das Common Law ist ein Gewohnheitsrecht, wenn es im Laufe von etwa sechs Jahrhunderten durch die unzweifelhafte Überzeugung und die einheitliche Sprache aller, die Gelegenheit hatten, sich mit der Materie zu befassen, zu einem solchen gemacht werden konnte." [übersetzt]).

<sup>2</sup> Siehe Leon E. Trakman, *The Law Merchant: The Evolution of Commercial Law* 27 (1983). Die Geschichte der Entwicklung des modernen Handelsrechts aus dem Gewohnheitsrecht *Lex Mercatoria* ist eine bekannte Geschichte. Neben der Darstellung von Trakman, siehe auch Harold Berman, *Law and Revolution* ch. 11 (1983); Bruce Benson, *The Enterprise of Law* 30-35 (1990); und John Hasnas, *Toward a Theory of Empirical Natural Rights*, 22 *Social Philosophy and Policy* 111, 130-31 (2005). Aus letzterem wurden relevante Teile hier übersetzt: <https://www.die-marktradikalen.cc/blog/thread/fruehes-handelsrecht-lex-mercatoria>. Eine nützliche Darstellung des Gewohnheitscharakters des englischen Common Law findet sich in Todd Zywicki, *The Rise and Fall of Efficiency in the Common Law: A Supply-Side Analysis*, 97 *Nw. U. L. Rev.* 1551 (2003). Siehe auch J. H. Baker, *An Introduction to English Legal History* 72-74 (4th ed. 2002) und John Hasnas, *Hayek, Common Law, and Fluid Drive*, 1 *New York University Journal of Law & Liberty* 79 (2005).

lediglich provozieren oder beleidigen sollen. Ein fehlgeschlagener Angriff kann ebenso Gewalt auslösen wie ein erfolgreicher, wodurch eine Schuld entsteht. Wenn das beabsichtigte Opfer den Angriff jedoch nicht bemerkt, kann er keine gewalttätige Reaktion hervorrufen, und wenn die Bedrohung nicht unmittelbar ist, hat die bedrohte Partei Zeit zu fliehen, die Hilfe anderer in Anspruch zu nehmen oder auf andere Weise gewaltfrei zu reagieren. Daher hat sich das Delikt "Assault" dahingehend entwickelt, dass es nur die Androhung einer unmittelbaren Körperverletzung verbietet, von der die bedrohte Person Kenntnis hat.

Dieses Beispiel zeigt, wie das Common Law Regeln schafft, die für eine friedliche Gesellschaft mit minimalen Eingriffen in die individuelle Freiheit notwendig sind. Das Recht, das aus der Beilegung tatsächlicher Konflikte hervorgeht, regelt Konflikte. Es schafft keinen Mechanismus zur sozialen Kontrolle. Common Law ist das Recht, das von nicht-politischen Kräften geschaffen wird. Als solches kann es uns Regeln geben, die Eigentumsrechte begründen, die Befugnis zum Abschluss von Verträgen begründen und die Pflicht begründen, angemessene Sorgfalt walten zu lassen, um unsere Mitmenschen nicht zu verletzen, aber nicht solche, die eine Staatsreligion auferlegen, Rassen trennen, einvernehmliche sexuelle Handlungen verbieten oder die Menschen zu zwingen, ihre Häuser an Bauunternehmer zu verkaufen.<sup>1</sup> Nur staatliche Gesetzgebung, d. h. Gesetze, die bewusst von denjenigen geschaffen werden, die die politisch vorherrschenden Meinungen vertreten, kann uns Regeln geben, die die Freiheit des einen einschränken, um die Interessen oder persönlichen Überzeugungen des anderen zu fördern.

Das nicht-politisierte Common Law liefert uns Regeln, die Frieden und kooperative Aktivitäten ermöglichen. Die staatliche Gesetzgebung liefert uns Regeln, die die Ausbeutung der politisch Ohnmächtigen durch die politisch Herrschenden erleichtern. Erstere bringen Ordnung in die Gesellschaft, letztere führen eher zu Unfrieden. Daher ist die Regierung nicht nur nicht notwendig, um die grundlegenden Regeln der sozialen Ordnung zu schaffen, sondern es sind gerade die Regeln, die die Regierung schafft, die dazu neigen, diese Ordnung zu untergraben.

---

<sup>1</sup> Siehe auch: <https://www.youtube.com/watch?v=MXk2nNmtqXE> [Ergänzung des Übersetzers]

**b) Einheitlichkeit**

Befürworter des Staates behaupten, dass der Staat notwendig ist, um sicherzustellen, dass es ein Gesetz für alle gibt und dass das Gesetz für alle Bürger gleichermaßen gilt. Wenn die Regierung nicht das Gesetz macht, so die Befürworter, gäbe es kein einheitliches Gesetzbuch. Für Menschen an verschiedenen Orten, mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund oder unterschiedlichem Wohlstand, würden unterschiedliche Rechtsnormen gelten.

Die richtige Antwort darauf ist: "Du sagst das, als wäre das etwas Schlechtes." Wie überzeugend ist das folgende Argument? Der Staat ist notwendig, um sicherzustellen, dass es einen einheitlichen Kleidungsstil für alle gibt und dass alle Bürger gleich gekleidet sind. Wenn der Staat keine Kleidung zur Verfügung stellt, gäbe es keine einheitliche Kleidung. Menschen an verschiedenen Orten, mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund oder unterschiedlichem Wohlstand, wären in Kleidung von unterschiedlichem Stil und Qualität gekleidet.

Das Streben nach Einheitlichkeit führt dazu, dass wir den liebenden Ehemann, der seine unheilbar kranke Frau tötet, um ihr Leiden zu lindern, genauso behandeln wie Charles Manson, dass wir auf erfahrene Geschäftsleute, die Unternehmen kaufen, und auf unbedarfte Verbraucher, die Ratenzahlungsverträge abschließen, dieselben Vertragsregeln anwenden, und dass wir so tun, als ob für den Armenhausbesitzer in der Bronx und die Familie, die ihr Gästezimmer in Utica vermietet, dieselben vermögensrechtlichen Regeln gelten sollten.

Natürlich gibt es einige Regeln, die für alle Menschen gelten müssen; Regeln, die die Grundvoraussetzungen dafür schaffen, dass kooperatives Verhalten überhaupt möglich ist. So müssen Regeln, die Delikte wie Mord, Körperverletzung, Diebstahl und andere Formen der Nötigung verbieten, für alle Mitglieder einer Gesellschaft gleichermaßen verbindlich sein. Aber wir brauchen keinen Staat, um dies zu gewährleisten. Diese Regeln entwickeln sich in jeder Gemeinschaft immer zuerst; wäre dies nicht der Fall, gäbe es nicht einmal eine Gemeinschaft.

Die Vorstellung, dass wir einen Staat brauchen, um eine einheitliche Rechtsordnung zu gewährleisten, ist besonders in den Vereinigten Staaten verrückt, wo die föderale Struktur der Bundesstaaten und der nationalen Regierung darauf ausgelegt ist, rechtliche Vielfalt zu ermöglichen. Soweit das Recht der Vereinigten Staaten eine Überlegenheit gegenüber dem Recht anderer Nationen beanspruchen kann, ist dies zumindest teilweise auf die Tatsache zurückzuführen, dass es durch den Common Law-Prozess im "Labor der Staaten" entstanden ist.<sup>1</sup> Wenn wir die Entwicklung unterschiedlicher Regeln in verschiedenen Staaten zulassen, lernen wir, welche Regeln Streitigkeiten am effektivsten lösen. In dem Maße, in dem die Bedingungen, die zu Streitigkeiten führen, im ganzen Land die gleichen sind, werden die erfolgreichen Regeln von anderen Gerichtsbarkeiten kopiert und verbreitet. Auf diese Weise entsteht ein recht einheitlicher Rechtsbestand.<sup>2</sup> In dem Maße, in dem die Bedingungen, die zu Streitigkeiten führen, für einen bestimmten Ort oder ein bestimmtes Milieu speziell sind, verbreiten sie sich nicht. Dies führt zu einem Flickenteppich von Regeln, die dort, wo sie angewandt werden, nützlich sind, aber irrelevant oder störend wären, wenn sie in anderen Bereichen angewandt würden.

Eine der Schönheiten des Common Law-Prozesses besteht darin, dass er ein einheitliches Recht dort schafft, wo es sinnvoll ist und dort, wo es nicht sinnvoll ist, ein vielfältiges schafft. Dies ist das optimale Ergebnis.

Staatliche Gesetzgebung hingegen schafft Einheitlichkeit, indem sie einer geographisch und/oder ethnisch vielfältigen Bevölkerung unpassende, einheitliche Regeln auferlegt. Noch einmal: Der Staat ist für die Schaffung eines gut funktionierenden Rechtssystems nicht nur nicht notwendig, er ist ein erhebliches Hindernis dafür. Bitte bedenke das, wenn du dich das nächste Mal fragst, warum in den orthodoxen jüdischen Vierteln von Brooklyn alle Geschäfte am Sonntag geschlossen sein müssen.

---

<sup>1</sup> Siehe *New State Ice Co. v. Liebmann*, 285 U.S. 262, 311 (1932) (Brandeis, J., abweichend).

<sup>2</sup> Ziemlich, aber nicht fetischistisch. Das Gesetz gegen Tötungsdelikte funktioniert recht gut trotz der Tatsache, dass die Definitionen von Mord ersten und zweiten Grades sowie von freiwilliger und unfreiwilliger Tötung in den USA von Staat zu Staat unterschiedlich sind.

**c) Zugänglichkeit**

Die Befürworter des Staates behaupten, dass der Staat die Gesetze erlassen müsse, damit sie für die Bürger zugänglich sind und von ihnen befolgt werden können. Die Regierung verkündet ihre Gesetze in Gesetzbüchern, die allen Bürgern zugänglich sind. Die nicht erlassenen Regeln des Common Law seien für den Laien unverständlich. Das Gewohnheitsrecht bestehe aus Regeln, die über lange Zeiträume aus Fällen abstrahiert wurden, und seien nur den Richtern und Anwälten bekannt, die sich im Rahmen ihres Berufs damit befassen. Ein Rechtssystem, das von den Bürgern verlangt, Anwälte zu beauftragen, nur um herauszufinden, was das Recht ist, sei offensichtlich inakzeptabel.

Die richtige Antwort darauf lautet: Ist das ihr Ernst? Schauen sie sich um. Bitte! Kann ein Mensch überhaupt die unzähligen undurchsichtigen staatlichen Vorschriften kennen, denen er unterliegt? Hast du jemals den Code of Federal Regulations gesehen? Wann hast du das letzte Mal versucht, deine Einkommensteuererklärung zu machen? Kritiker des Common Law behaupten, Laien bräuchten Fachleute, die ihnen sagen, was das Gesetz ist. Doch Jahr für Jahr zeigen Studien, dass selbst die meisten professionellen Steuerberater und Mitarbeiter der Steuerbehörden nicht verstehen, was das Steuergesetzbuch der Vereinigten Staaten verlangt. Die Common Law-Regelung, die die Bürger vor unbeabsichtigter Schädigung schützt, ist die Erfordernis, die Sorgfalt walten zu lassen, die eine vernünftige Person anwenden würde, um anderen keinen Schaden zuzufügen. Dies ist kaum "unzugänglich". Weiß jemand, welche Vorschriften die Federal Trade Commission, die Consumer Product Safety Commission und die National Highway Traffic Safety Administration erlassen haben, um das gleiche Ziel zu erreichen?

Das Common Law besteht aus Regeln, die sich im Laufe der Zeit bei der Beilegung von Streitigkeiten als erfolgreich erwiesen haben. Nur Regeln, die für den Normalbürger verständlich sind und seinem Gerechtigkeitsempfinden entsprechen, können diesen Status erreichen. Regeln, die denjenigen, die sie anwenden sollen, nicht verständlich sind, können nicht wirksam sein. Aus diesem Grund enthalten beispielsweise die Regeln des Common Law für das Vertrags- und Handelsrecht ausdrückliche Verweise auf die übliche Geschäftspraxis und die Pflicht, nach Treu und Glauben zu handeln. Es ist auch kein juristisches Fachwissen erforderlich, um zu wissen, dass das Recht der Selbstverteidigung es erlaubt, tödliche Gewalt anzuwenden, um einen lebensbedrohlichen Angriff abzuwehren, aber nicht, den Angreifer zu erschießen, nachdem die

unmittelbare Gefahr vorüber ist. Um die traditionellen Regeln des Common Law zu verstehen, muss man nur Mitglied der jeweiligen Gemeinschaft sein, für die die Regeln gelten, man muss kein Anwalt sein.

Die staatliche Gesetzgebung hingegen muss weder mit dem Verstand noch mit dem moralischen Empfinden des Normalbürgers zu tun haben. Die Gesetzgebung ist ein durch den politischen Prozess geschaffenes Recht. Als solches ist es von Natur aus von politischen Erwägungen geprägt. Solche Erwägungen können zu Vorschriften führen, die für den Normalbürger nicht verständlich sind, und das sind sie oft auch nicht. Dies liegt nicht nur daran, dass Sonderinteressen den Gesetzgebungsprozess beeinflussen können. Selbst wenn sich die Gesetzgeber selbstlos dem Gemeinwohl verschrieben hätten, bräuchten sie immer noch einen Grundsatz der Gerechtigkeit oder ein Ideal, um ihre Gesetzgebung zu leiten. Es gibt jedoch keine Garantie dafür, dass die Maßnahmen, die zur Durchsetzung solcher Grundsätze oder Ideale erforderlich sind, dem Verständnis des Normalbürgers entsprechen. Der Civil Rights Act von 1964 mag die edelste gesetzgeberische Anstrengung unserer Zeit gewesen sein, aber der Normalbürger wird wohl kaum verstehen, warum die Forderung, dass Pizzaboten glatt rasiert sein müssen, eine illegale Rassendiskriminierung darstellt<sup>1</sup> oder wie ein Unternehmen, dessen Belegschaft fast ausschließlich aus Minderheiten besteht, sich dennoch der Diskriminierung schuldig machen kann.<sup>2</sup>

Betrug, wie er sich im Common Law entwickelt hat, besteht in der absichtlichen Falschdarstellung einer wesentlichen Tatsache, auf die sich ein anderer verlässt, wenn er sich von seinem Eigentum trennt. Für den Normalbürger ist es nicht schwer zu erkennen, dass eine solche Handlung gegen das Recht verstoßen muss.

Betrug im Sinne der Bundesgesetzgebung ist jede Art von Betrugsversuch. Eine falsche Darstellung von Tatsachen ist dafür nicht erforderlich. Jede irreführende Aussage oder das Verschweigen von Tatsachen genügt. Es ist nicht erforderlich, dass jemand tatsächlich in die Irre geführt wird oder sich auf die Aussage oder auf die unterschlagenen Informationen verlässt. Es ist auch nicht erforderlich, dass jemand einen Schaden erleidet.<sup>3</sup> Martha Stewart wurde kürzlich wegen Wertpapierbetrugs vor Gericht gestellt, weil sie öffentlich ihre Unschuld am Insiderhandel erklärt hatte.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Siehe *Bradley v. Pizzaco of Nebraska, Inc.*, 7 F.3d 795 (8th Cir. 1993).

<sup>2</sup> Siehe *Connecticut v. Teal*, 457 U.S. 440 (1982).

<sup>3</sup> Siehe dazu auch: John Hasnas, *Ethics and the Problem of White Collar Crime*, 54 *American University Law Review* 579 (2005).

<sup>4</sup> Siehe *United States v. Stewart* 37 (S.D.N.Y. 2003) (No. 03 Cr. 717).

Man kann wohl mit Fug und Recht behaupten, dass ein normaler Mensch nicht wissen würde, dass Stewarts Äußerungen gegenüber den Medien einen Straftatbestand erfüllen.

Das Argument, dass, wenn wir einen Nachtwächterstaat hätten, dessen Gesetzgebung sich auf einfache, klare Regeln beschränkt, die die Rechte des Einzelnen sichern sollen, das Recht vollkommen zugänglich wäre, hat zwei Probleme. Das erste Problem ist, dass die Gesetzgebung in einem solchen Fall lediglich die etablierten Grundregeln des Common Law wiedergeben würde. Es besteht keine Notwendigkeit, einen Staat zu gründen, nur um diese bereits bekannten und gängigen Regeln nochmals bekannt zu machen. Dies kann auf privater Ebene geschehen und wird auch getan. Die "Neufassungen" des Common Law werden derzeit privat erstellt, sind leicht zugänglich und werden häufig zitiert. Der zweite Grund ist, dass es unmöglich ist. Die Vorstellung, dass es eine Reihe einfacher, klarer ex ante-Regeln gibt, die eine friedliche, freie Gesellschaft erhalten können, ist ein Hirngespinnst.<sup>1</sup> Das wird schon bei den grundlegenden Regeln zum Verbot von Aggression deutlich, sobald man versucht, die Bedingungen zu spezifizieren, unter denen Gewalt zur Selbstverteidigung oder zur Verteidigung anderer angewendet werden darf oder durch Irrglauben oder Unzurechnungsfähigkeit entschuldigt ist.

Und das, ohne zu bedenken, dass diese grundlegenden Regeln durch die Regeln des Vertrags-, Eigentums- und Deliktsrechts ergänzt werden müssen, die notwendig sind, damit die Menschen ihr Verhalten gut genug koordinieren können, um friedlich zu kooperieren.

Staatliche Gesetzgebung, selbst ein libertärer Rechtsrahmen, wird entweder das Common Law reproduzieren oder von ihm abweichen, um ein politisches Interesse zu befriedigen oder eine bestimmte Vorstellung von Gerechtigkeit zu verwirklichen. Im ersten Fall ist sie genauso zugänglich oder unzugänglich wie das Common Law. Im zweiten Fall weicht sie von der Moral des normalen Menschenverstandes ab und schafft Regeln, die weniger zugänglich sind als das Common Law. Der Staat ist nicht nur nicht notwendig, um die Zugänglichkeit der Rechtsnormen zu gewährleisten, sondern er macht sie zwangsläufig weniger zugänglich.

---

<sup>1</sup> Mehr dazu siehe John Hasnas, *The Myth of the Rule of Law*, 1995 *Wisconsin Law Review* 199 (1995).

## 2. Gerichte

Nachdem wir nun die staatliche Legislative abschaffen können, was ist mit der Judikative? Befürworter des Staates behaupten, dass der Staat notwendig sei, um ein System von Gerichten zur Beilegung von Streitigkeiten bereitzustellen. Ohne die staatliche Bereitstellung eines gleichgültigen Richters<sup>1</sup> hätten die Menschen keine Möglichkeit, zwischenmenschliche Streitigkeiten friedlich beizulegen. Da die Menschen sich selbst gegenüber parteiisch seien<sup>2</sup>, würden die gegnerischen Parteien unweigerlich versuchen, Richter einzusetzen, die ihre Interessen begünstigten; und die Richter, die ihr Honorar von den Streitparteien erhalten, würden natürlich diejenigen bevorzugen, die am meisten zahlen könnten. Folglich wären sie nicht unparteiisch. Da die Parteien nicht in der Lage wären, sich auf einen neutralen Schiedsrichter zu einigen, wären sie gezwungen, ihre Streitigkeiten mit Gewalt beizulegen. Ohne staatliche Gerichte sei eine friedliche Koexistenz also unmöglich.

Ich weiß, das wird jetzt langweilig, aber die richtige Antwort darauf ist: Schauen sie sich um. Wir befinden uns im Zeitalter der Globalisierung. Geschäfte werden auf der ganzen Welt zwischen Parteien aus praktisch allen Ländern abgeschlossen. Obwohl es weder eine Weltregierung noch einen Weltgerichtshof gibt, führen Unternehmen wegen Vertragsstreitigkeiten keinen Krieg gegeneinander. Die Nachrichten sind fast immer Nachrichten über gewaltsame Konflikte. Gerade der Mangel an Berichten über internationale Handelsstreitigkeiten ist ein Beweis dafür, dass sie tatsächlich ohne die Bereitstellung von Gerichten durch einen Staat beigelegt werden. Wie kann das sein?

Die Antwort ist denkbar einfach. Die an internationalen Geschäften beteiligten Parteien wählen, meist im Voraus, aus den vielen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten den von ihnen bevorzugten Streitbeilegungsmechanismus aus. Nur wenige entscheiden sich für eine gewaltsame Auseinandersetzung. Das ist zu teuer und unberechenbar. Viele entscheiden sich dafür, ihre Streitigkeiten dem Londoner Handelsgericht zu unterbreiten, einem britischen Gericht, das für die wirtschaftliche Kompetenz seiner Richter und die rasche Beilegung von Fällen bekannt ist und von nicht-britischen Parteien gegen eine

<sup>1</sup> John Locke, *Second Treatise of Government* 66 (C.B. Macpherson, ed. 1980) (1690).

<sup>2</sup> ebenda

Gebühr in Anspruch genommen werden kann.<sup>1</sup> Andere wenden sich an Unternehmen wie JAMS/Endispute oder die American Arbitration Association, die Schlichtungs- und Schiedsgerichtsdienste anbieten. Die meisten tun alles in ihrer Macht Stehende, um zu vermeiden, dass sie in die Mühlen der Gerichte geraten, die von Staaten bereitgestellt werden. Diese bewegen sich in einem Schnecken-tempo und liefern relativ unvorhersehbare Ergebnisse. Man kann sagen, dass das internationale Handelsrecht nicht nur gut ohne staatliche Gerichte funktioniert, sondern dass es gerade deshalb besser funktioniert, weil es sie nicht gibt.

Aber man muss sich nicht auf die internationale Szene konzentrieren, um zu sehen, dass die Menschen keine staatlichen Gerichte brauchen, um Streitigkeiten friedlich beizulegen. In Arbeitsverträgen werden nicht nur Löhne und Arbeitsbedingungen festgelegt, sondern es wird auch eine eigene Gerichtsbarkeit am Arbeitsplatz geschaffen, die ein ordnungsgemäßes Verfahren garantiert und Berufungsmöglichkeiten bietet. Universitäten bieten regelmäßig ihre eigenen Gerichtsverfahren an, ebenso wie Wohnungseigentümergeinschaften. Börsenmakler verpflichten sich als Bedingung für ihre Anstellung, arbeitsrechtliche Streitigkeiten einem verbindlichen Schiedsverfahren zu unterwerfen.<sup>2</sup> Religiöse Gruppen legen Streitigkeiten unter ihren Mitgliedern regelmäßig mithilfe eines Priesters oder Rabbiners bei.<sup>3</sup> Unbeliebte Gruppen, für die ein Verfahren vor staatlichen Gerichten aufgrund von Vorurteilen eine Farce ist, entwickeln oft alternative Mechanismen zur gewaltfreien Beilegung von Streitigkeiten. Versicherungsgesellschaften bieten nicht nur Entschädigungen für Personen- und Sachschäden, sondern auch Haftpflichtversicherungen an, mit denen sie die Verantwortung für die Beilegung von Konflikten zwischen ihren Kunden und denen anderer Versicherungsgesellschaften gemäß vorher festgelegten Vereinbarungen übernehmen, die es ihnen ermöglichen, staatliche Gerichtssysteme zu vermeiden. Und empirische Belege zeigen, dass ein erheblicher Teil der Rechtsstreitigkeiten ohne Gerichtsverfahren beigelegt werden kann, wenn potenzielle Streitparteien des staatlichen Gerichtssystems in die Mediation verwiesen werden.

---

1 Siehe Mary Heaney, *Where Business is King: London's Commercial Court Hears International Clashes*, Nat'l L.J., June 5, 1995, bei C1; Campbell McLachlan, *London Court Reigns as an International Forum: Parties in Cross Border Disputes Welcome the Commercial Court's Expertise, Neutrality, and Speed*, Nat'l L.J., June 5, 1995 bei C4.

2 Natürlich ist dies in erster Linie eine Maßnahme, die es den Finanzunternehmen ermöglichen soll, sich aus dem Sumpf der arbeitsrechtlichen Streitigkeiten in den Vereinigten Staaten zu entkommen.

3 Siehe Yaffa Eliach, *Social Protest in the Synagogue: the Delaying of the Torah Reading*, in *There Once Was a World* 84-86.

Aber schau dich nicht nur um. Schau auch in die Vergangenheit. Steuerlich finanzierte Rechtsprechung ist ein völlig modernes Phänomen. Das anglo-amerikanische Recht entwickelte sich im Kontext einer Vielzahl konkurrierender Rechtssysteme. Die königlichen Gerichtshöfe existierten nach ihrer Entstehung parallel zu den bereits vorher existierenden Hundertschafts-, Grafschafts-, Herrschafts-, Stadt-, Kirchen- und Handelsgerichten.<sup>1</sup> Die Grenzen zwischen diesen Rechtssystemen waren fließend, und da die Gerichte ihre Gebühren von den Prozessparteien erhoben, konkurrierten sie miteinander um Aufträge. So gelangten das Vertrags- und Treuhandrecht, das sich an den kirchlichen Gerichten entwickelte, und das Handelsrecht, das an den Handelsgerichten entstand, als Ergebnis dieses Wettbewerbs in das Common Law. Außerdem bestanden die königlichen Gerichte selbst aus vier verschiedenen und konkurrierenden Gerichten: King's Bench, Common Pleas, Exchequer und Chancery. Diese Gerichte zogen wie die anderen ihre Gebühren von den Prozessparteien ein und konkurrierten daher untereinander um Mandanten. Erst mit dem Judicature Act von 1873 und dem Appellate Jurisdiction Act von 1876 fügte die britische Regierung ihre Gerichte zu ihrer heutigen vereinheitlichten, hierarchischen Struktur zusammen. Später folgten die amerikanischen Gerichte diesem Beispiel.

Wenn man sich auf den Wettbewerb zwischen den Common Law-Gerichten konzentriert, wird die Vielfalt der tatsächlich eingesetzten Streitbeilegungsmechanismen unterschätzt. Da die Kosten für die Gerichte des Common Law für den typischen Arbeiter zu hoch waren, waren diese Gerichte für die Mehrheit der Bevölkerung praktisch irrelevant. Die meisten Bürger lösten ihre Streitigkeiten nach informellen, gewohnheitsmäßigen Verfahren, die je nach Situation derjenigen, die sie anwandten, unterschiedlich waren.<sup>2</sup>

Da sich unsere heutige relativ gewaltfreie Gesellschaft im Kontext eines vielfältigen und wettbewerbsfähigen Systems von Gerichten und Streitbeilegungsmechanismen entwickelt hat, ist die Behauptung, dass der Staat für die friedliche Einigung bei Konflikten Gerichte bereitstellen muss, absolut unhaltbar. Ein Vergleich des Ausmaßes an Unzufriedenheit, das die heutigen staatlichen Gerichte hervorrufen, mit der Zufriedenheit, die mit dem vielfältigen historischen System der Streitbeilegung verbunden ist, legt den Schluss nahe, dass die staatliche Bereitstellung von Gerichten den sozialen Frieden eher schwächt als stärkt.

---

<sup>1</sup> Siehe Harold Berman, *Law and Revolution* (1983).

<sup>2</sup> Siehe E. P. Thompson, *Customs in Common: Studies in Traditional Popular Culture* (1993).

### 3. Polizei

Zusätzlich zu der angeblichen Notwendigkeit des Staates zur Bereitstellung von Recht und Gerichten beharren die Befürworter des Staates darauf, dass die Polizei vom Staat bereitgestellt werden muss. Es mag sein, dass der Markt die meisten Waren und Dienstleistungen in angemessener Weise bereitstellen kann, aber Polizeidienste sind insofern einzigartig, als sie von Natur aus die Anwendung von Zwang beinhalten. Es ist offensichtlich, dass keine zivilisierte Gesellschaft einen Wettbewerb bei der Anwendung von Gewalt zulassen kann. Die Zivilgesellschaft ist gerade deshalb entstanden, um dieser Situation zu entkommen. Solange der Staat die Gewaltanwendung nicht unter seine monopolistische Kontrolle bringt, ist eine friedliche Koexistenz unmöglich, und das Leben ist in der Tat so "eklig, brutal und kurz"<sup>1</sup>, wie Hobbes behauptet hat.

Bevor ich dir als Antwort vorschlage, dich umzusehen, solltest du einen Moment über die Dummheit dieses Arguments nachdenken. Wenn eine Zivilgesellschaft ohne ein staatliches Zwangsmonopol nicht existieren kann, dann kann es keine Zivilgesellschaft geben. Gesellschaften entstehen nicht aus dem Nichts, mit staatlichen Polizeikräften, die plötzlich auftauchen. Erst wenn eine Gruppe von Menschen herausgefunden hat, wie sie das Ausmaß der zwischenmenschlichen Gewalt so weit reduzieren kann, dass ein Zusammenleben möglich ist, können sich Einheiten, die als Staat erkennbar sind und die die Polizeifunktion übernehmen, überhaupt entwickeln. Eine plündernde Bande, die anderen durch Eroberung einen Staat aufzwingt, muss zunächst die internen Streitigkeiten so weit reduziert haben, dass sie sich für wirksame militärische Operationen organisieren kann. Sowohl historisch als auch logisch gesehen steht die friedliche Koexistenz immer an erster Stelle, staatliche Dienstleistungen an zweiter Stelle. Wenn eine Zivilgesellschaft ohne staatliche Polizei unmöglich ist, dann gibt es auch keine Zivilgesellschaften.

In dem Broadway-Musical *Oliver* aus den 1960er Jahren gibt es ein Lied namens "Be Back Soon", in dem Fagins Jungs die Zeile "We know the Bow Street Runners" singen. Die Bow Street Runners waren berühmt, weil sie Londons erste staatlich finanzierte Polizeitruppe war, die in der zweiten Hälfte des

---

<sup>1</sup> T. Hobbes, *Leviathan* 107 (H. Schneider, ed., 1958) (1651).

18. Jahrhunderts von den Richtern des Bow Street Court, Henry und John Fielding, organisiert wurde. Ich denke, man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die Gründung der Bow Street Runners nicht den Moment darstellt, in dem London von einem Hobbes'schen Naturzustand in eine Zivilgesellschaft umgewandelt wurde.

Man beachte auch die falsche Auslegung von Zwang in Bezug auf Polizeidienste. Zwang kann aggressiv zum Zwecke des Raubes oder defensiv zur Abwehr von Raubversuchen eingesetzt werden. Notwendige Sicherheitsdienstleistungen beinhalten den Einsatz von Zwang zu rein defensiven Zwecken. Konkurrenz zwischen Aggressoren ist eine bedrohliche Angelegenheit für eine friedliche Gesellschaft. Aber das ist etwas anderes als der Wettbewerb um die Bereitstellung von Sicherheit. Wenn der Wettbewerb zwischen denjenigen, die defensiven Zwang anbieten, zwangsläufig zu einem aggressiven Bandenkrieg führen würde, dann würde man eine solche Entwicklung vermeiden wollen. Die eigentliche Frage lautet, ob dies tatsächlich der Fall ist. Den Wettbewerb zwischen den Anbietern von Sicherheitsdienstleistungen mit dem Wettbewerb zwischen Aggressoren gleichzusetzen, ist völlig abwegig. Es ist das Ausweichen von einer Argumentation.

Die richtige Antwort auf die Behauptung, der Staat müsse Polizeidienste bereitstellen, lautet: Schau dich um. Es gibt Universitäten mit eigener Campuspolizei. Es gibt privat betriebene Geldtransporteure, die Geld und andere wertvolle Gegenstände für Banken und Unternehmen transportieren. Türsteher werden privat finanziert. Es gibt Einkaufszentren und Kaufhäuser, die von ihren eigenen privaten Sicherheitskräften bewacht werden. Verärgerte Ehepartner oder besorgte Eltern beauftragen Privatdetektive, um für sie zu ermitteln. Das Justizministerium der Vereinigten Staaten von Amerika zwingt private Unternehmen dazu, strafrechtliche Ermittlungen gegen die eigenen Mitarbeiter durchzuführen.<sup>1</sup> Es gibt Leute, die von privaten Inkassobüros kontaktiert oder von Repo-Männern aufgesucht werden. Es gibt Leute, die mit eigenen Leibwächtern reisen. Es gibt Nachbarschaftswachen. Keine dieser Agenturen führt gewaltsame Übergriffe durch, um die Konkurrenz auszuschalten.

Das liegt aber daran, dass die staatliche Polizei im Hintergrund darüber wacht, dass keine dieser privaten Agenturen aus der Reihe tanzt, behaupten die Befürworter des Staates. Wirklich? Wie erklärt sich das London vor den Bow Street Runners? Die Polizei von New York City wurde erst 1845 gegründet.

---

<sup>1</sup> John Hasnas, *Trapped: When Acting Ethically Is Against the Law* (2006).

Das Boston Police Department, das sich selbst als “die erste bezahlte, professionelle Abteilung für öffentliche Sicherheit im Lande”<sup>1</sup> bezeichnet, kann seine Geschichte nur bis 1838 zurückverfolgen. Was hielt die nicht-staatlichen Polizeidienste vor diesen Jahren in Schach?

Ungeachtet der philosophischen Überlegungen von Hobbes und Locke gab es während eines Großteils der englischen Geschichte kaum staatliche Bereitstellung von Polizeidiensten.<sup>2</sup> Es stimmt, dass die englischen Könige lernten, Gelder einzutreiben, indem sie alle Gewalttätigkeiten und “sündigen” Handlungen zu einem Bruch des königlichen Friedens erklärten, für den sie Zahlungen einforderten. Sie begannen, einen Verwaltungsapparat zu entwickeln, der die Eintreibung von Bußgeldern für diese “kriminellen” Handlungen erleichtern sollte. So wurde der örtliche Vertreter der Krone, der “shire reeve” (später Sheriff), mit der Anzeige und Festnahme von Straftätern betraut. Da die Sheriffs jedoch nur an der Verfolgung von Straftätern interessiert waren, die über die nötigen Mittel zur Zahlung der Strafe verfügten, machte dies nie einen wesentlichen Teil der polizeilichen Tätigkeit innerhalb des Reiches aus. Die üblichen, nicht staatlichen Methoden der Sicherheitsbereitstellung sorgten bis vor nicht allzu langer Zeit für die Sicherheit des größten Teils der Bevölkerung Englands.

Auch gab es die Tontinenversicherung, die sowohl eine Risikolebensversicherung als auch eine Altersrente vorsah. Seit der Einführung des staatlichen Sozialversicherungsprogramms hört man nicht mehr viel von Tontinenversicherungen. Einwohner von New York City, die davon ausgehen, dass nur der Staat das U-Bahn-System der Stadt bereitstellen und instand halten kann, sind verwundert darüber, warum ein Teil des Systems BMT und ein Teil IRT heißt. Sie haben keine Ahnung, dass die Stadt New York 1940 die privat gebaute und betriebene Brooklyn-Manhattan Transit Corporation und die Interborough Rapid Transit Company kaufte, um die von der Stadt betriebene Metropolitan Transportation Authority zu gründen. Wenn der Staat anfängt, Dienstleistungen zu erbringen, die früher nicht staatlich erbracht wurden, vergessen die Menschen schnell, dass diese Dienstleistungen jemals nicht-politisch erbracht wurden, und nehmen an, dass nur der Staat sie erbringen kann. Doch genauso wenig wie dies für die Altersversorgung und den U-Bahn-Service gilt, trifft dies auf den Polizeidienst zu. Traditionell wurden Sicherheitsdienstleistungen nicht

---

<sup>1</sup> Siehe auch <http://www.cityofboston.gov/police/glance.asp>  
[archiviert: <https://web.archive.org/web/20080516050214/http://www.cityofboston.gov/police/glance.asp>]

<sup>2</sup> Siehe Bruce Benson, *The Enterprise of Law* 73-74 (1990).

vom Staat erbracht und werden es zum großen Teil auch heute nicht. Der Staat ist nicht notwendig, um Polizeidienste bereitzustellen.

Befürworter des Staates können immer noch argumentieren, dass ein staatliches Monopol aufgrund der besonderen Merkmale von Polizeidiensten diese effizienter erbringen kann als unpolitische Einrichtungen. An dieser Behauptung ist a priori nichts auszusetzen. Es ist sicherlich möglich, dass im Bereich der Polizeidienste durch ein Wunder alles anders ist. Es könnte sein, dass eine einzige politisch gesteuerte, von Zwangszahlungen finanzierte Behörde die gewünschten Dienstleistungen bestmöglich erbringen kann. Die Behauptung macht aber wenig Sinn. Wenn Polizeidienstleistungen von einem politisch kontrollierten Monopol erbracht werden, werden sie von politischen Überlegungen und nicht von Effizienzüberlegungen geleitet. So werden missliebige, politisch machtlose Gruppen in der Regel unterversorgt, polizeiliche Ressourcen werden häufig für politisch bevorzugte Zwecke (z. B. die Bekämpfung opferloser Verbrechen) und nicht für ihren produktivsten Einsatz (z. B. die Bekämpfung von Gewalt) eingesetzt, und die Art der Dienstleistung wird eher von politischen Haushaltsüberlegungen als vom tatsächlichen Bedarf bestimmt (z. B. SWAT-Teams in Wisconsin). Da staatliche Polizeikräfte nicht auf freiwillige Zahlungen angewiesen sind, gehen sie eher nicht auf die Sorgen der Öffentlichkeit ein (z. B. Polizeibrutalität) und sind anfälliger für Korruption (siehe z. B. den Bericht der Knapp-Kommission<sup>1</sup> oder den Film *Serpico*).

Befürworter des Staates verweisen oft auf die hohe Kriminalitätsrate in den Innenstädten, das Übermaß an gewalttätigen Banden und das Fortbestehen des organisierten Verbrechens und der Drogenkartelle, um zu verargumentieren, dass wir es nicht wagen sollten, das staatliche Monopol für Polizeidienste aufzugeben. Dieses Argument ist verwirrend. Wie kann das Aufzeigen des völligen Versagens des staatlichen Polizeisystems ein Argument für dessen Notwendigkeit sein?

Es ist zu beachten, dass das gegenwärtige Kriminalitätsproblem dort am größten ist, wo nicht politische Methoden der Polizeiarbeit am vollständigsten vom Staat verdrängt wurden. Die Innenstädte sind die Gebiete, die am stärksten von staatlicher Polizeiarbeit abhängig sind. Die Tatsache, dass es in Innenstädten eine hohe Kriminalitätsrate und gewalttätige Gangs gibt, lässt nicht darauf schließen, dass wir ein staatliches Monopol für Polizeidienste brauchen.

---

<sup>1</sup> Siehe Knapp Commission, *The Knapp Commission Report on Police Corruption* (1973).

Im Gegenteil. Diese Argumentation ist vergleichbar mit der Behauptung, dass man es aufgrund der schlechten öffentlichen Schulen in den Innenstädten Eltern verbieten sollte ihre Kinder auf Privatschulen zu schicken.

Es ist keine Überraschung, dass es schwer ist, gewalttätige Organisationen zu bekämpfen, die sich auf die Nutzung von illegalen Märkten spezialisiert haben. Diese Märkte entstehen durch staatliche Verbote von Drogen, Prostitution, Glücksspiel und anderen opferlosen Aktivitäten. Aber inwiefern dies die Notwendigkeit einer staatlichen Polizei beweist, ist mir schleierhaft.

Ein Besucher vom Mars könnte auf die Frage nach der schlechtesten Methode, Personen und Eigentum zu schützen vermuten, dass sie darin besteht, eine Gruppe von Menschen auszuwählen, ihnen Waffen zu geben, alle Mitglieder der Gesellschaft dazu zu zwingen, sie unabhängig der Qualität der erbrachten Leistungen zu bezahlen, und sie mit der Befugnis auszustatten, Ressourcen einzusetzen und Prioritäten für die Strafverfolgung festzulegen, wie sie es für richtig halten, wobei sie nur den Launen ihrer politischen Zahlmeister unterliegen. Wenn man ihn fragt, warum er so denkt, könnte er einfach auf die Polizei von Los Angeles, New Orleans oder einer anderen Großstadt verweisen. Ist eine staatliche Polizei wirklich notwendig für eine friedliche, sichere Gesellschaft? Schau dich um. Könnte ein nicht-politisches, nicht-monopolistisches System zur Bereitstellung von Polizeidiensten wirklich schlechter sein als sein staatliches Gegenstück?

#### 4. Externalitäten internalisieren

Befürworter des Staates argumentieren oft, dass der Staat für notwendige Regulierungen der Marktwirtschaft unerlässlich ist. Einzelpersonen, die auf einem Markt miteinander Verträge abschließen, handeln oft auf eine Art und Weise, die anderen Schaden zufügt oder ihnen Kosten aufbürdet, die nicht vom Verantwortlichen getragen werden. Hersteller stellen Produkte her, deren Verwendung ein inakzeptables Verletzungsrisiko für Dritte darstellt. So können beispielsweise Automobilhersteller Autos herstellen und verkaufen, deren Fahreigenschaften ein unangemessenes Verletzungsrisiko für Fußgänger darstellen. Ölkonzerne können Öl so transportieren, dass ein zu hohes Risiko für Umweltschäden entsteht. Allgemeiner ausgedrückt: Da die Menschen nicht alle Kosten tragen, die ihre Aktivitäten anderen auferlegen, handeln sie oft auf eine Weise, dass die Kosten für den Rest der Gesellschaft nicht durch den persönlich erzielten Nutzen gerechtfertigt werden können. Diese nicht berücksichtigten Kosten für andere sind die sozialen Kosten des Marktes, die Ökonomen als negative externe Effekte bezeichnen. Befürworter des Staates behaupten, dass nur der Staat das Marktgeschehen so regulieren kann, dass private Unternehmen die sozialen Kosten ihrer Handlungen berücksichtigen. Selbst wenn Rechtsnormen, Gerichte und Polizeidienste auf nicht-politischem Wege bereitgestellt werden könnten, wäre der Staat also unerlässlich, um externe Kosten zu internalisieren.

Wie soll man auf dieses Argument reagieren? Sich umschaun reicht nicht aus. Die Tatsache, dass dieses Argument für viele überhaupt im Ansatz plausibel scheint, beweist, dass die Menschen die Welt um sich herum völlig vergessen können. In den USA ist eine der beherrschenden politischen Themen die Reform des Deliktsrechts. Unternehmen beschwerten sich ständig beim Kongress, dass sie durch das Deliktsrecht des Common Law überreguliert sind und bitten die Regierung um Schutz vor dieser unpolitischen Methode der Internalisierung von Externalitäten. Wie kann man in einer solchen Welt behaupten, dass staatliche Regulierung notwendig sei, um das Problem der Externalitäten zu lösen?

Es stimmt, dass Ökonomen ein fiktives Reich postulieren, in dem die Menschen freiwillig und frei von jeglicher Art von Regulierung handeln. Aber sie tun dies, weil eine solche idealisierte Vorstellung vom Markt für ihre Erforschung der Wissenschaft der menschlichen Interaktion nützlich ist, so wie das Konzept eines perfekten Vakuums für Physiker, die die Naturgesetze erforschen, nützlich ist, und nicht, weil sie glauben, dass es irgendetwas in der Realität entspricht.<sup>1</sup> In der realen Welt unterliegen menschliche Interaktionen immer einer Regulierung: durch Gewohnheit, durch die ethischen und religiösen Überzeugungen der Menschen und, im angloamerikanischen Rechtssystem, durch das Common Law. Das Deliktsrecht ist der Teil des Rechts, der sich entwickelt hat, um Person und Eigentum vor den leichtfertigen Handlungen der Mitmenschen zu schützen, d. h., um externe Effekte zu internalisieren. Nur wenn man die Existenz dieser Formen nichtpolitischer Regulierung ignoriert, d. h. nur wenn man glaubt, dass das Marktmodell der Mainstream-Ökonomen die Realität beschreibt, kann man glauben, dass der Staat notwendig ist, um das Problem der Externalitäten zu lösen. Man sollte nie die Macht eines abstrakten Modells unterschätzen Intellektuelle für die realen Vorgänge in der Welt vollkommen blind zu machen.

Befürworter des Staates behaupten jedoch, dass das Common Law niemals ein angemessener Regulierungsmechanismus sein kann, da es sich zwangsläufig nur als Reaktion auf bereits vergangene Schäden entwickeln kann. Klagen werden erst erhoben, nachdem ein Schaden entstanden ist. Daher könne die zivilrechtliche Haftung nicht das notwendige Maß an Vorbeugung gegen schwerwiegende Schäden bieten. Ernsthaft? Die Grundregeln des Deliktsrechts verbieten es dem Einzelnen, andere absichtlich zu schädigen, und verlangen von ihm, dass er mit angemessener Sorgfalt handelt, um zu vermeiden, dass er versehentlich Schaden verursacht. Daran ist nichts Rückwirkendes. Es ist wahr, dass im Einzelfall bestimmt werden muss was genau angemessene Sorgfalt darstellt, aber in dieser Hinsicht unterscheidet sich das Common Law nicht von einer staatlichen Gesetzgebung, die ein Gesetz verkündet und es dann den Gerichten überlässt, wie es in bestimmten Fällen anzuwenden ist.

Außerdem kann das Common Law in geeigneten Fällen prospektiv wirken. Die Unterlassungsverfügung, also das Verbot einer bestimmten Handlung, wurde genau für die Fälle entwickelt, in denen das Verhalten einer Partei ein hohes Risiko eines nicht wiedergutzumachenden Schadens für andere

---

<sup>1</sup> Notiz des Übersetzers: Ökonomen der österreichischen Schule würden diese Aussage kritisieren

darstellt.<sup>1</sup> Übrigens sind staatliche Rechtsvorschriften fast immer auch rückwirkend. Die Grenzen des menschlichen Wissens (ganz zu schweigen von Erwägungen der politischen Ökonomie) bedeuten, dass der Gesetzgeber selten in der Lage ist, künftigen Schaden genau vorherzusehen. Das Megan-Gesetz schreibt vor, dass die Öffentlichkeit benachrichtigt werden muss, wenn ein bekannter Sexualstraftäter in eine Gemeinde zieht. Es heißt Megan's Law, weil es erlassen wurde, nachdem Megan von einem Sexualstraftäter, der in ihrer Gemeinde lebte, getötet wurde. Sarbanes-Oxley wurde nach dem Zusammenbruch von Enron verabschiedet. Und wann wurde der USA Patriot Act verabschiedet? Ach ja, nach 9/11.

Bis 1992 wurde in Fast-Food-Restaurants Kaffee mit einer Temperatur von 180 bis 190°F (ca. 82 bis 88°C) serviert. Bei Hautkontakt kann es bei dieser Temperatur in zwei bis sieben Sekunden zu Verbrennungen dritten Grades kommen. Der in Styroporbechern servierte Kaffee wurde häufig verschüttet und stellte damit ein erhebliches Risiko schwerer Verletzungen dar. Eine proaktive gesetzliche Regelung zur Internalisierung dieser Externalität gab es nicht. 1992 erwirkte Stella Liebeck ein Urteil gegen McDonald's für die Verletzungen, die sie erlitten hatte, als sie sich mit Kaffee bekleckerte, und zwar in Höhe ihrer Arztkosten und des Gewinns, den McDonald's in zwei Tagen durch den Verkauf von Kaffee mit einer gefährlich hohen Temperatur erzielte.<sup>2</sup> Am nächsten Tag servierte jedes Fast-Food-Restaurant in den Vereinigten Staaten seinen Kaffee mit einer sicheren Temperatur von 158 °F (ca. 70 °C), bei der es 60 Sekunden dauert, bis Verbrennungen dritten Grades auftreten; eine ausreichende Zeitspanne für die Kunden, um den Kaffee von der Kleidung oder Haut abzuwischen.

Mit dem heutigen Deliktsrecht mag vieles nicht in Ordnung sein<sup>3</sup>, aber es ist wirksam bei der Internalisierung von externen Effekten. Man kann nur dann glauben, dass der Staat notwendig ist, um das Problem der Externalitäten

---

1 Um eine Unterlassungsverfügung nach dem Common Law zu erwirken und damit die Freiheit eines anderen Bürgers zu beschneiden, muss man eine sehr hohe Beweisschwelle erfüllen, indem man eine hohe Wahrscheinlichkeit eines irreparablen Schadens nachweist. Dies steht im Gegensatz zur staatlichen Gesetzgebung, die die Freiheit der Bürger einschränken kann, wann immer die politisch dominierende Fraktion des Gesetzgebers dies für notwendig hält, und sei es nur, um das "Vorsorgeprinzip" zu verwirklichen. Ich überlasse es dem Leser, zu entscheiden, welcher Standard der bessere ist, wenn es darum geht, potenziellen zukünftigen Schaden zu vermeiden.

2 Das Urteil wurde um 20 % gekürzt, um das Mitverschulden von Frau Liebeck bei der Öffnung des Bechers zu berücksichtigen. Dieser Betrag wurde in der Berufung weiter herabgesetzt.

3 Fast alle davon sind nicht auf die Entwicklung im Common Law zurückzuführen, sondern auf die Bemühungen im 20. Jahrhundert, das Ergebnis dieser Entwicklung zu verbessern. Siehe John Hasnas, *What's Wrong with a Little Tort Reform?* 32 *Idaho Law Review* 557 (1996).

**John Hasnas**

**Die Offensichtlichkeit der Anarchie**

zu lösen, wenn man das Wesen des Common Law und der staatlichen Gesetzgebung nicht kennt.

## 5. Öffentliche Güter<sup>1</sup>

Befürworter des Staates behaupten, dass der Staat notwendig ist, um "öffentliche Güter" zu produzieren; Güter, die für das menschliche Wohlergehen wichtig sind, aber vom Markt entweder nicht oder nicht ausreichend produziert werden können. Öffentliche Güter sind Güter, bei deren Verbrauch keine Rivalität besteht, d. h. die Nutzung durch eine Person beeinträchtigt nicht die Nutzung durch andere, wie beispielsweise bei einem verschlüsselten Fernsehsender. Es beeinträchtigt niemanden, wenn eine weitere Person das Programm bezieht, anders als beim Essen eines Apfels, und die nicht ausschließbar sind, d. h. wenn das Gut einer Person zur Verfügung steht, steht es allen zur Verfügung, unabhängig davon, ob sie zur Produktion beitragen oder nicht. Die Befürworter des Staates argumentieren, dass solche Güter ohne den Staat nicht produziert werden können, weil der Einzelne aufgrund des Trittbrettfahrer- und des Sicherheitsproblems nicht freiwillig das für ihre Produktion erforderliche Kapital bereitstellen wird. Das Trittbrettfahrerproblem bezieht sich auf die Tatsache, dass viele Menschen, die in den Genuss öffentlicher Güter kommen, ohne dafür zu bezahlen, ihren Beitrag zur Produktion dieser Güter zurückhalten und versuchen werden, sich auf die Beiträge anderer zu stützen. Das Sicherheitsproblem bezieht sich darauf, dass die Menschen ihren eigenen Beitrag eher als Geldverschwendung betrachten und ihn zurückhalten, wenn sie nicht sicher sein können, dass andere genügend zur Produktion des Gutes beitragen werden. Daher ist der Staat notwendig, um die Produktion wichtiger öffentlicher Güter sicherzustellen.

Die richtige Antwort auf die Behauptung, dass der Staat notwendig ist, um öffentliche Güter zu produzieren, lautet: Was zum Beispiel? Zum Beispiel Leuchttürme? Das Licht, das sie liefern, steht allen Schiffen zur Verfügung, und wenn es von einem genutzt wird, beeinträchtigt das nicht den Wert für andere. Aber halt, Leuchttürme können und wurden auch privat bereitgestellt.<sup>2</sup> Wie Radio und Fernsehen?

---

<sup>1</sup> [Ergänzung des Übersetzers] Siehe auch: <https://www.die-marktradikalen.cc/blog/thread/oeffentliche-gueter>

<sup>2</sup> Siehe Ronald H. Coase, *The Lighthouse in Economics*, 17 *Journal of Law and Economics* 357 (1974).

Hier eine Möglichkeit, das Unmögliche möglich zu machen: Privatfernsehen schauen. Schließlich besteht bei Fernsehsignalen keine Rivalität oder Ausschließbarkeit. Daher können sie nicht vom Markt produziert werden! So wie das Internet? Aber auch privat finanziert.

Vielleicht wie Polizei und Gerichte? Einige Theoretiker argumentieren, dass Polizeidienste und Gerichte öffentliche Güter sind, die vom Staat bereitgestellt werden müssen. In Bezug auf Polizeidienste wird zum Beispiel folgendes Argument angeführt:

Die Sicherheit von Personen ist in hohem Maße ein kollektives Gut. ... [Ein] wichtiger Teil der von der öffentlichen Polizei und den Strafrechtssystemen im Allgemeinen erbrachten Dienstleistung besteht darin, potenzielle Straftäter davon abzuhalten, Menschen zu schaden. Und diese Abschreckung ist ein unteilbares, nicht ausschließbares Gut für Nachbarn und Besucher. ... Neben der Abschreckung kann die Inhaftierung des Diebes auch einen Nutzen haben, nämlich die Unschädlichmachung - einen Nutzen, der ebenfalls unteilbar und nicht ausschließbar ist.

Die soziale Ordnung, zumindest die Sicherheit von Personen und Gütern, ist also in erheblichem Maße ein kollektives Gut. In dem Maße, in dem dies der Fall ist, kann die soziale Ordnung ohne einen Staat nicht effizient gewährleistet werden.<sup>1</sup>

Ähnlich wird mit Blick auf Gerichte argumentiert, dass private Gerichte keinen Anreiz haben, eindeutige Präzedenzfälle zu schaffen, die zu Regeln führen, weil das Vorhandensein eindeutiger und allgemein bekannter Verhaltensregeln einen nicht ausschließbaren Vorteil für alle darstellt. Da eindeutige Präzedenzfälle "nicht nur künftigen Parteien, sondern auch konkurrierenden Richtern einen externen, unentgeltlichen Vorteil verschaffen würden, ... könnten Richter es absichtlich vermeiden, ihre Ergebnisse zu erläutern, da die Nachfrage nach ihren Diensten durch Regeln, die die Bedeutung des Rechts klären und die Häufigkeit von Streitigkeiten verringern, zurückgehen könnte.<sup>2</sup> Daher sind staatliche Gerichte für die Entwicklung von Rechtsnormen notwendig.

---

<sup>1</sup> Christopher W. Morris, *An Essay on the Modern State* 60-61 (1998).

<sup>2</sup> Siehe William M. Landes and Richard A. Posner, *Adjudication as a Private Good*, 6 *Journal of Legal Studies* 235 (1979).

Dies sind wunderschöne, vollkommen logische<sup>1</sup> theoretische Argumente, die leider durch die Realität widerlegt werden. Der Beweis dafür, dass Polizeidienste und Gerichte keine öffentlichen Güter sind<sup>2</sup>, besteht darin, dass sie, wie Leuchttürme, Fernsehen und das Internet, während des größten Teils der Menschheitsgeschichte nicht staatlich bereitgestellt wurden. Es stimmt natürlich, dass, wenn staatlich kontrollierte Gebiete geschaffen werden, an deren Erhaltung keine private Partei ein Interesse hat, die Polizeidienste an diesen Orten wahrscheinlich nicht ausreichend produziert werden. Der polizeiliche Schutz dieses "öffentlichen" Eigentums muss möglicherweise tatsächlich vom Staat übernommen werden. Dies liegt aber nicht daran, dass Polizeidienste ein öffentliches Gut sind, das nicht vom Markt bereitgestellt werden kann, sondern daran, dass Polizeidienste nicht privat bereitgestellt werden, wenn der Staat derartig in den Markt eingreift. Und obwohl es sicherlich richtig ist, dass private Polizeidienste eine unkompensierte positive Externalität erzeugen, da ihre abschreckende Wirkung auch diejenigen sicherer macht, die nicht für sie bezahlt haben, kann dies kaum ein Grund für die Annahme sein, dass solche Dienste nicht produziert werden. Es gibt viele nützliche Tätigkeiten, die unbezahlte positive externe Effekte erzeugen. Wenn ich einen Deodorant benutze und mich anziehe, ist das auch der Fall, aber das bedeutet nicht das der Staat mich dafür bezahlen muss. Darüber hinaus ist es zumindest seltsam, zu behaupten, dass ein System wettbewerbsorientierter Gerichte keine guten Rechtsregeln hervorbringt, wenn die Regeln, auf denen unsere Zivilisation beruht, aus einem solchen System hervorgegangen sind.<sup>3</sup>

---

1 Kommentar des Übersetzers: Diese Argumente sind in der Tat nicht logisch. Zwar gibt es Güter, die der Definition entsprechen, aber daraus folgt nicht, dass der Staat diese Güter bereitstellen muss. Erstens gibt es keine Garantie, dass der Staat die Güter besser bereitstellen kann als der Markt, zweitens hat der Markt den Vorteil, dass in ihm durch das Handeln der Menschen ihre Präferenzen offenbart werden, die bei staatlicher Bereitstellung nicht ermittelt werden können. Drittens müssen für die staatliche Bereitstellung dieser Güter entweder Steuern eingenommen werden, was zu Fehlanreizen führt, da man mit Steuern notwendigerweise wertschöpfendes Verhalten bestraft, oder es muss Geld gedruckt werden, was zum Cantillon-Effekt führt. Außerdem führt übermäßige Kreditexpansion zu Fehlallokationen von Ressourcen, die in Rezessionen enden. Viertens wurde bereits dargelegt, dass Güter, auf die die ökonomische Definition des öffentlichen Gutes zutrifft, sehr wohl ohne Staat bereitgestellt werden können, weswegen die Feststellung das diese Merkmale auf ein Gut zutreffen keine ausreichende Begründung sind, um staatliches Eingreifen zu rechtfertigen.

2 Kommentar des Übersetzers: Der Autor nutzt "öffentliche Güter" hier mit der im alltäglichen Gebrauch verwendeten Definition. Also Güter, die vom Staat produziert werden.

3 Für die wahren Intellektuellen unter meinen Lesern, die einfach nicht akzeptieren können, dass Fakten ein wunderschönes theoretisches Modell untergraben dürfen, verweise ich auf David Schmidtz, *The Limits of government: An Essay on the Public Goods Argument* (1991). Schmidtz erklärt, wie das Gewährleistungsproblem durch einen Gewährleistungsvertrag oder eine Geld-zurück-Garantie gelöst werden kann und wie das Trittbrettfahrerproblem auf eine relativ kleine Anzahl von Fällen beschränkt werden kann, in denen die Anwendung von Zwang zur Herstellung des öffentlichen Gutes ethisch fragwürdig ist.

Wie die Landesverteidigung? Die Landesverteidigung ist das Paradebeispiel eines öffentlichen Gutes. Die Sicherheit, die sie bietet, ist nicht rivalisierend und kommt allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute, ob sie dafür bezahlen oder nicht. Kann die Landesverteidigung also ohne den Staat angemessen gewährleistet werden?<sup>1</sup>

Wenn "Landesverteidigung" sich auf die Art von Militärausgaben bezieht, die mit heutigen Staaten verbunden sind, ist die Antwort ein klares "Nein". Sobald ein Staat mit der Macht ausgestattet ist, den Reichtum seiner Bürger zu enteignen, um die Landesverteidigung zu gewährleisten, sieht fast jede gewünschte Ausgabe wie ein Erfordernis der Landesverteidigung aus. Schnell werden die Unterstützung südostasiatischer Diktatoren und der Sturz von Diktatoren im Nahen Osten als dringende Belange der Landesverteidigung bezeichnet. Die Tatsache, dass es keine nicht staatliche Möglichkeit gibt, ausreichend Kapital für die Umsetzung dieser Vorstellung von Landesverteidigung zu beschaffen, sagt nichts über die Lebensfähigkeit der Anarchie aus, sondern ist vielmehr ein weiteres Argument für die Anarchie.

Wenn sich der Begriff "Landesverteidigung" jedoch nur auf das bezieht, was unbedingt notwendig ist, um die Bürger einer Nation vor Angriffen von außen zu schützen, bin ich bereit zuzugeben, dass ich die Antwort auf diese Frage nicht kenne. Dieses Eingeständnis bereitet mir jedoch kein Unbehagen, denn wie ich eingangs sagte, ist die Frage der Landesverteidigung in praktischer Hinsicht eine triviale Angelegenheit. Niemand glaubt, dass wir von einer Welt der Staaten augenblicklich zur Anarchie übergehen können. Kein vernünftiger Anarchist befürwortet die totale Auflösung der Regierung morgen. Wenn wir uns der Frage zuwenden, wie wir schrittweise von der Regierung zur Anarchie übergehen können, wird deutlich, dass die Landesverteidigung eine der letzten staatlichen Funktionen wäre, die entstaatlicht wird. Wenn mein Argument für Anarchie fehlerhaft ist und Anarchie keine praktikable Methode der sozialen Organisation ist, wird dies zweifellos aufgedeckt werden, lange bevor die Abschaffung der Landesverteidigung ein Thema wird. Andererseits wird in dem Maße, in dem der allmähliche Übergang von Staaten zur Anarchie erfolgreich ist, die Notwendigkeit der Landesverteidigung kontinuierlich abnehmen.

Bedenken Sie, was es für eine Nation bedeuten würde, einen Prozess der Entpolitisierung einzuleiten. Jede Verringerung der Größe und des Umfangs des Staates setzt mehr kreative Energie der Bevölkerung frei.

---

<sup>1</sup> Kommentar des Übersetzers: Siehe dazu auch: [https://cdn.mises.org/Chaos%20Theory\\_2.pdf](https://cdn.mises.org/Chaos%20Theory_2.pdf) Seite 43 ff. Den Text hält der Übersetzer für überzeugender, er ist aber auch länger.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Entwicklung sind bekannt und wurden beispielsweise in China demonstriert. Wie Ökonomen betonen, können revolutionäre Veränderungen durch marginale Effekte herbeigeführt werden. Selbst ein langsamer Liberalisierungsprozess, der über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten wird, führt zu einer massiven Beschleunigung des wirtschaftlichen und technologischen Wachstums. Und der Zuwachs an Freiheit und Wohlstand in der sich liberalisierenden Nation würde auch tiefgreifende externe Effekte haben. Viele Einwohner autoritärer Staaten würden versuchen, in die sich liberalisierende Nation einzuwandern, und einige andere Staaten würden vom Beispiel des sich liberalisierenden Staates lernen und beginnen, deren Politik zu kopieren.

In dem Maße, in dem sich die wirtschaftliche und technologische Kluft zwischen der liberalisierenden Nation und dem Rest der Welt vergrößert, in dem Maße, in dem der Rest der Welt abhängiger von den Waren und Dienstleistungen wird, die von dieser Nation hergestellt und geliefert werden, und in dem Maße, in dem eine größere Anzahl anderer Nationen dazu bewegt wird, selbst eine liberalisierende Politik zu betreiben, nimmt die Bedrohung, die der Rest der Welt für die liberalisierende Nation darstellt, ab. Ein Beweis dafür ist der Untergang der Sowjetunion. Radikale Regime und terroristische Organisationen mögen eine ernsthafte und anhaltende Bedrohung darstellen, aber man muss sie im historischen Kontext betrachten. Eine solche Bedrohung ist wesentlich weniger ernst und kostengünstiger zu bewältigen als die Gefahr eines thermonuklearen Krieges.

Es sei daran erinnert, dass wir nur die Kosten für den Schutz der Bürger vor Aggressionen betrachten, nicht aber die Kosten für Abenteuer im Ausland oder "präventive" Kriegsführung. Wie groß ist die Gefahr einer ausländischen Invasion, der die Vereinigten Staaten derzeit ausgesetzt sind? Wie viel von den Ausgaben für die "nationale Verteidigung" wird tatsächlich für die Verhinderung einer solchen Invasion aufgewendet? Wie groß wird die wirtschaftliche und technologische Kluft zwischen der vorgeburtlichen Anarchie und den repressiveren Nationen nach Jahren oder Jahrzehnten der kontinuierlichen und anhaltenden Verkleinerung des Staates sein? Wie viel ausgereifter wird die Verteidigungstechnologie sein? Um wie viel abhängiger werden die repressiven Nationen von ihren Waren und Dienstleistungen sein? Wenn eine Nation den Weg Richtung die Anarchie einschlägt, wird sich die Frage, ob die Landesverteidigung ein öffentliches Gut ist, das vom Staat bereitgestellt werden muss, mit großer Wahrscheinlichkeit erübrigen.

## Fazit

Aristoteles nannte den Menschen das rationale Tier und bezeichnete die Fähigkeit des Menschen zu denken als sein wesentliches Merkmal. Das ist ein Irrtum. Der Mensch ist ein fantasievolles Tier. Der Mensch hat zweifellos die Fähigkeit, zu denken, aber er hat auch die Fähigkeit, sich einzureden, dass die Welt anders ist als sie wirklich ist, und letzteres ist eine viel stärkere Kraft. Die Menschen drücken den Chicago Cubs die Daumen, weil sie sich einreden können, dass die Cubs die World Series gewinnen, obwohl alle Fakten dagegen sprechen. Menschen heiraten regelmäßig, weil sie sich einreden können, dass sie ihren offensichtlich inkompatiblen Partner in den idealen Ehemann oder die ideale Ehefrau verwandeln werden. Menschen investieren Zeit, Mühe und Geld in politische Kampagnen, weil sie sich einreden können, dass sich Washington, DC in ein Camelot verwandeln würde, wenn nur Bill Clinton oder Bob Dole oder George W. Bush oder John Kerry gewählt würden. Und was noch wichtiger ist: Menschen melden sich freiwillig zum Krieg, weil sie sich einreden können, unbeschadet durch ein Feld mit Maschinengewehrfeuer zu laufen. Nur die Fähigkeit, sich ein Leben nach dem Tod vorzustellen, für das es keinerlei Beweise gibt, kann erklären, warum Menschen sich Sprengstoff umschnallen und sich in die Luft sprengen, um so viele unschuldige Menschen wie möglich zu töten.

Hast du dich jemals gefragt, warum die Menschen an das Gottesgnadentum geglaubt haben, obwohl die Monarchen ihrer Zeit ganz offensichtlich nicht die Art von Menschen waren, die ein allwissender, allgütiger Gott als Herrscher auswählen würde? Sie glaubten daran, weil man ihnen von Kindheit an beibrachte, daran zu glauben, und weil sie sich einreden konnten, dass es so ist, ungeachtet der Tatsache, dass alle Fakten dagegen sprechen. Wir glauben nicht mehr an so alberne Dinge wie das Gottesgnadentum. Wir glauben, dass ein Staat für eine geordnete, friedliche Gesellschaft notwendig ist und dass man ihn dazu bringen kann, nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zu funktionieren. Wir glauben dies, weil es uns von Kindesbeinen an beigebracht wurde und weil wir uns einreden können, dass es so ist, ungeachtet aller Belege des Gegenteils.

Die Macht abstrakter Konzepte unser Verständnis der Welt zu beeinflussen darf nicht unterschätzt werden. Wenn man erst einmal die Vorstellung akzeptiert hat, dass ein Staat für Frieden und Ordnung notwendig ist und dass er objektiv operieren kann, lässt uns unsere Vorstellungskraft überall dort wo es Gesetz, Polizei und Gerichte gibt den Staat sehen und blendet die unpolitische Bereitstellung dieser Dienste aus. Lässt man diesen abstrakten Rahmen jedoch lange genug beiseite, um zu fragen, woher diese Dienstleistungen stammen und woher sie größtenteils immer noch stammen, erhält die Welt ein anderes Gesicht. Wer das beste Argument für Anarchie sucht, der soll sich die selbst auferlegten Augenbinden abnehmen und sich umsehen.